

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis monatlich 21 Mill. M.
durch die Post bezogen 21 Mill. M. (ohne Beleggeld).
Bestellungen nehmen alle Postämter an, deren Briefträger die Zeitungsboten, sowie die Geschäftsstelle entgegen.
Im Falle höherer Gewalt, Streik etc. erlischt jeder Anspruch auf Zustellung der Zeitung.
Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Raum 1,50 Mill. M., für den 2. Raum 1 Mill. M., für den 3. Raum 500.000 M., für den 4. Raum 250.000 M., für den 5. Raum 125.000 M., für den 6. Raum 62.500 M., für den 7. Raum 31.250 M., für den 8. Raum 15.625 M., für den 9. Raum 7.812,50 M., für den 10. Raum 3.906,25 M., für den 11. Raum 1.953,12 M., für den 12. Raum 976,56 M., für den 13. Raum 488,28 M., für den 14. Raum 244,14 M., für den 15. Raum 122,07 M., für den 16. Raum 61,03 M., für den 17. Raum 30,52 M., für den 18. Raum 15,26 M., für den 19. Raum 7,63 M., für den 20. Raum 3,81 M., für den 21. Raum 1,91 M., für den 22. Raum 0,95 M., für den 23. Raum 0,47 M., für den 24. Raum 0,24 M., für den 25. Raum 0,12 M., für den 26. Raum 0,06 M., für den 27. Raum 0,03 M., für den 28. Raum 0,01 M., für den 29. Raum 0,005 M., für den 30. Raum 0,002 M., für den 31. Raum 0,001 M., für den 32. Raum 0,0005 M., für den 33. Raum 0,0002 M., für den 34. Raum 0,0001 M., für den 35. Raum 0,00005 M., für den 36. Raum 0,00002 M., für den 37. Raum 0,00001 M., für den 38. Raum 0,000005 M., für den 39. Raum 0,000002 M., für den 40. Raum 0,000001 M., für den 41. Raum 0,0000005 M., für den 42. Raum 0,0000002 M., für den 43. Raum 0,0000001 M., für den 44. Raum 0,00000005 M., für den 45. Raum 0,00000002 M., für den 46. Raum 0,00000001 M., für den 47. Raum 0,000000005 M., für den 48. Raum 0,000000002 M., für den 49. Raum 0,000000001 M., für den 50. Raum 0,0000000005 M., für den 51. Raum 0,0000000002 M., für den 52. Raum 0,0000000001 M., für den 53. Raum 0,00000000005 M., für den 54. Raum 0,00000000002 M., für den 55. Raum 0,00000000001 M., für den 56. Raum 0,000000000005 M., für den 57. Raum 0,000000000002 M., für den 58. Raum 0,000000000001 M., für den 59. Raum 0,0000000000005 M., für den 60. Raum 0,0000000000002 M., für den 61. Raum 0,0000000000001 M., für den 62. Raum 0,00000000000005 M., für den 63. Raum 0,00000000000002 M., für den 64. Raum 0,00000000000001 M., für den 65. Raum 0,000000000000005 M., für den 66. Raum 0,000000000000002 M., für den 67. Raum 0,000000000000001 M., für den 68. Raum 0,0000000000000005 M., für den 69. Raum 0,0000000000000002 M., für den 70. Raum 0,0000000000000001 M., für den 71. Raum 0,00000000000000005 M., für den 72. Raum 0,00000000000000002 M., für den 73. Raum 0,00000000000000001 M., für den 74. Raum 0,000000000000000005 M., für den 75. Raum 0,000000000000000002 M., für den 76. Raum 0,000000000000000001 M., für den 77. Raum 0,0000000000000000005 M., für den 78. Raum 0,0000000000000000002 M., für den 79. Raum 0,0000000000000000001 M., für den 80. Raum 0,00000000000000000005 M., für den 81. Raum 0,00000000000000000002 M., für den 82. Raum 0,00000000000000000001 M., für den 83. Raum 0,000000000000000000005 M., für den 84. Raum 0,000000000000000000002 M., für den 85. Raum 0,000000000000000000001 M., für den 86. Raum 0,0000000000000000000005 M., für den 87. Raum 0,0000000000000000000002 M., für den 88. Raum 0,0000000000000000000001 M., für den 89. Raum 0,00000000000000000000005 M., für den 90. Raum 0,00000000000000000000002 M., für den 91. Raum 0,00000000000000000000001 M., für den 92. Raum 0,000000000000000000000005 M., für den 93. Raum 0,000000000000000000000002 M., für den 94. Raum 0,000000000000000000000001 M., für den 95. Raum 0,0000000000000000000000005 M., für den 96. Raum 0,0000000000000000000000002 M., für den 97. Raum 0,0000000000000000000000001 M., für den 98. Raum 0,00000000000000000000000005 M., für den 99. Raum 0,00000000000000000000000002 M., für den 100. Raum 0,00000000000000000000000001 M.

Nr. 80.

Sonnabend, den 6. Oktober 1923.

26. Jahrg.

Chronik des Tages

— Nach dem Rücktritt des Reichskabinetts hat der bisherige Reichszentralrat die Bildung des neuen Kabinetts übernommen.
— Dr. Stresemann will bei der Zusammenlegung seines Kabinetts mehr Gewicht auf das Programm und die bisherigen Leistungen der auszuwählenden Persönlichkeiten legen als auf ihre parteimäßige Ansehung.
— Zum Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts in Rottbus, dem die Aburteilung der mit den Kärntner Unruhen im Zusammenhang stehenden Straftaten übertragen ist, ist der Landgerichtsdirektor Lampe in Rottbus berufen worden.
— Die französische Regierung hat die in Aussicht genommene Deportation der verurteilten Deutschen vollständig abgelehnt.
— Konstantinopel ist den türkischen Behörden feierlich übergeben worden.
— Amtlicher Berliner Dolarkurs vom 4. Oktober: 548 625 000 Gold, 551 871 000 Reich.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Dr. Stresemann ercent mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Wie vorauszusehen war, haben die Kompromißverhandlungen über das Ermächtigungsgesetz, durch das die Regierung die notwendigen Vollmachten zu Verhandlungen auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten erhalten sollte, zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Sozialdemokraten konnten sich nicht dazu verstehen, der Ausdehnung des Ermächtigungsgesetzes auch auf sozialpolitische Angelegenheiten, in die die Regelung der Arbeitszeit einbezogen gewesen wäre, ihre Zustimmung zu geben. Dieser entscheidende Beschluß ist am Mittwochabend mit 61 gegen 54 Stimmen gefaßt worden. Damit war das Schicksal der Großen Koalition und des Kabinetts Stresemanns entschieden. Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion wurde sofort dem Reichszentralrat mitgeteilt. Das Kabinettsrat trat darauf gegen 10 Uhr zu einer neuen, der entscheidenden Sitzung zusammen.
Ueber das Ergebnis dieser Kabinettsitzung wird amtlich mitgeteilt:

Durch die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei, die soziale Gesetzgebung in der Ermächtigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstag einzubringen, war eine unüberbrückbare Differenz in der Auffassung der Koalitionsparteien entstanden. In Anbetracht dieser Tatsache beschloß das Kabinettsrat, durch den Reichszentralrat dem Reichspräsidenten keine Demission anzubieten zu lassen. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichszentralrat Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts betraut.
Das Kabinettsrat Stresemann hat unter allen Regierungen der Deutschen Republik die kürzeste Lebensdauer gehabt. Am 12. August ist Dr. Stresemann vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung betraut worden, am 14. August hat er sich dem Reichstag vorgestellt. Es ist also nur sieben Wochen im Amt gewesen.

Ein überparlamentarisches Kabinetts?

Die Bildung des neuen, zweiten Kabinetts Stresemanns ist im Gange. Dr. Stresemann, der nach der Gesamtdemission des Reichskabinetts noch in der Nacht den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung übernommen hat, empfing Donnerstag vormittag mehrere Persönlichkeiten, mit denen er über den Eintritt in sein Kabinetts verhandelte. Diese Verhandlungen sind ohne Fühlungnahme mit den Parteien des Reichstages erfolgt. Dr. Stresemann will nämlich den Versuch zur Bildung eines überparlamentarischen Kabinetts machen. Er will sich, ohne Rücksicht und vorherige Befragung der Parteien, seine Mitarbeiter in der neuen Regierung nach ihrer fachlichen und persönlichen Eignung wählen und mit diesem Kabinetts vor dem Reichstag treten. Inwieweit Mitglieder des ersten Kabinetts Stresemann werden erlaubt werden, auch in das zweite einzutreten, steht noch nicht fest. Es wird angenommen, daß außer dem Reichszentralrat nur noch

Reichswehrminister Dr. Gessler bleiben wird, sonst aber neue Männer ernannt werden. Die Zahl der Mitglieder des Kabinetts soll eine Verringerung erfahren. Einige Ministerien sollen zusammengelegt und von einem Minister geleitet werden.

Die Frage der Arbeitszeit.

Die Veranlassung zur Regierungstriebe.

Die Formel über die Arbeitszeit, um die sich die letzten Verhandlungen vor dem Rücktritt des Kabinetts drehten, und die vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns entworfen worden ist, lautet:
„Die äußerste Not unseres Volkes im schwersten Winter um seine wirtschaftliche und politische Existenz trägt es, insbesondere in der Verknappung der Arbeitszeit auf dasjenige Maß zu ergänzen, das gesundheitlich tragbar ist. Insbesondere ist der Vergütung unter Zug auf 8 Stunden einschließlich Eins- und Ausfuhrzeit zuzugleichen. Sodann muß in den übrigen lebenswichtigen Betrieben die Möglichkeit zur Heberforderung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben werden und auf die öffentliche Vermarktung sollen diese Grundzüge sinngemäß angewandt werden. Für gefährliche und gesundheitsgefährliche Betriebe ist der 8-Stunden-Zug beizubehalten.“
Die Sozialdemokraten hatten diese Formel zunächst abgelehnt, später jedoch einem demokratischen Vermittlungsversuch zugestimmt, wonach die Frage des Achtstundentages bei der Beratung des im Reichszentralrat ruhenden Arbeitszeitgesetzes auf dem üblichen gesetzgeberischen Wege geregelt werden sollte, und zwar gleichzeitig mit dem Ermächtigungsgesetz. Von der Deutschen Volkspartei wurde dieser Vorschlag jedoch abgelehnt.

Ein Schritt der Gewerkschaften.

Während der Fraktionsberatungen hatte sich der Führer der freien Gewerkschaften, Leibpart, mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller zum Reichszentralrat begeben und diesen darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewerkschaften die Formel des Reichsarbeitsministers nicht annehmen könnten, daß sie aber bereit seien, auf die Arbeiter in dem Sinne einer Steigerung der Produktion und Erleichterung von Ueberforderungen einzuräumen, daß sie jedoch nicht mit einer prinzipiellen Beilegung des Achtstundentages sich einverstanden erklären könnten. Im Anschluß daran fand die sozialdemokratische Fraktionsitzung statt, in der mit 61 gegen 54 Stimmen beschlossen wurde, dem Kabinettsrat die gewünschte Demission zur Ordnung der sozialen Fragen zu verweigern. Die Folge dieses Beschlusses war der Rücktritt des Kabinetts.

Das System der Unterdrückung.

Frankreichs Sabotage an der Landwirtschaft.
Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet ist infolge der französischen Maßnahmen auf überaus große Schwierigkeiten. Nachdem die Reichsregierung die Verhandlungen zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes zurückgezogen hatte, stand von deutscher Seite der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Zustände kein Hindernis mehr entgegen. In Kreisen, die vor dem Hauptträger des passiven Widerstandes gewarnt waren, hat sich nun angesichts der neuen Lage der feste und ehrliche Wille, im Interesse des Reiches und der deutschen Wirtschaft die schaffende Arbeit wieder aufzunehmen. Allerdings wurde in diesen Kreisen die Erwartung gehegt, daß die Besetzungsbehörden diejenigen Maßnahmen treffen würden, die ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit sind und die auch die Wiederkehr einigermaßen geordneter Zustände wesentlich erleichtern hätten. Das ist bisher jedoch in keiner Weise geschehen.
Mit dem System der Ausweisungen, Verhaftungen und Verurteilungen wird rücksichtslos vorgefahren. Das beweist die neuerliche Ausweisung zahlreicher Eisenbahnerfamilien aus Duisburg und Wilhelm. Es ist nur ein nichtiger Vorwand, wenn von französischer Seite jetzt behauptet wird, es handle sich bei den neuerlichen Gewalttaten nur um die Ausführung vorgesehener Maßnahmen. Das ganze System der Unterdrückung der wehrlosen Bevölkerung wird zurzeit noch im verklärten Maße angewandt. Infolgedessen ist auch die Stimmung der Bevölkerung aufs äußerste erbittert. Die bekanntgewordenen Bedingungen für die

Einsetzung deutscher Eisenbahner in den Regiebetrieb haben in den beteiligten Kreisen die Auffassung hervorgerufen, daß von französischer Seite eine Wiederherstellung geregelter Verkehrsverhältnisse gar nicht beabsichtigt ist.

Die neuerliche Bestimmung, daß die Fahrpreise auf den Regiebahnen in Franken entrichtet werden müssen, ist ein weiterer Beweis für diese Ansicht. Da der größte Teil der Bevölkerung keine Franken kaufen kann, ist bereits ein erheblicher Mangel in der Versorgung der Regiebahnen festzustellen. Die Wiederherstellung des Eisenbahnbetriebes bildet aber die Voraussetzung für die allgemeine Arbeitsaufnahme überhaupt.

Geordnete Wirtschaftsbeziehungen sind auch ohne die Tätigkeit der großen Arbeitnehmerorganisationen nicht möglich. Frankreich zeigt sich jedoch unerkennbar die planmäßige Arbeit der Franzosen, nicht mit den großen Gewerkschaften zu verhandeln, sondern mit allen Mitteln den einzelnen Arbeitern und Beamten die Einstellungsbedingungen aufzuzwingen. Dies hat sich z. B. bei der Besetzung der Eisenbahnhauptwerkstätten in Witten gezeigt.

Es muß mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, daß die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet bisher allein an den französischen Maßnahmen gescheitert ist.

Politische Rundschau.

Berlin, den 5. Oktober 1923.

Der Reichsjustizminister hat den Versuch des „Sozialistischen Beobachters“, der dem Reichszentralrat Gessler verboten ist, durch die Post unterlagert.
Die sozialistische „Reise Preusse“ in Inngostadt ist bis zum 5. Oktober verboten worden.
Sämtliche schärfste kommunistische Zeitungen sind vom Wehrkreiskommando 4 auf Grund der Ausnahmeverordnung auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Keine Beschlagnahme ausländischer Geldedinauen für Hilfsbedürftige. Die Maßnahmen über die Devisenentlastung haben vielfach auf der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die aus dem Ausland in ausländischer Währung an den Reichszentralrat eingehenden Unterlagebeiträge der Beschlagnahme verfallen würden. Diese Befürchtungen sind, wie vor zufälliger Stelle mitgeteilt wird, unbegründet. Gemäß § 1 Absatz 4 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Devisenentlastung kann die Ablieferung von Unterlagebeiträgen oder von Beiträgen in ausländischer Währung, die in Erfüllung einer fälligen Pflicht über einer auf den Ausland zu nehmenden Pflicht überwiesen sind, von dem Kommissar für Devisenentlastung nicht gefordert werden.

Deutschnationaler Aufruf. Die Deutschnationale Volkspartei erklärt folgenden Aufruf: Wie lange noch die Lösung des Tages heißt: Das Steuer noch nach rechts geworfen werden! Die Koalitionsparteien des Reichstages aber antworten: Es soll weiter geworfen werden. Der Marxismus hat Deutschland ruiniert. Er hat abgewirtschaftet. Die bürgerlichen Regierungsparteien halten ihn künstlich am Leben. Es wegen nicht, den Trennungspunkt zu ziehen. Wir fordern Klarheit! Einig in Not und Verderben. Wir fordern Klarheit! Einig in der Verantwortungspolitik! Fort mit den Sozialisten aus der Regierung! Wir verlangen endlich eine Regierung, die sich bemüht auf die nationalen Kräfte in allen Volksschichten stützt.

Der „Wirtschaftliche Beobachter“ verboten. Die amtliche Korrespondenz „Sozialmann“ teilt mit: Der „Wirtschaftliche Beobachter“ in München ist am Donnerstag vom Generalkontrastkommissariat bis zum 14. Oktober einschließlich verboten worden, weil er — und zwar trotz ausdrücklicher Verwarnung vor dem Vorstand solcher Wirkung an Landesoberamt grenzenden Aufruf mit der Ueberchrift „Artiklerien macht fenerbereit!“ veröffentlicht hat. Diese Aufrufe bedeuten eine schwere außenpolitische Gefährdung des deutschen Volkes.

Die Aburteilung der Kärntner Politischen. Zum Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts in Rottbus, dem die Aburteilung der mit den Kärntner Unruhen im Zusammenhang stehenden Straftaten übertragen ist,

11. Der berühmte Gasthof Deutschlands ist zweifellos der alte Augsburger Gasthof „Die drei Mohren“. Es war im Jahre 1722, als ein Augsburger Senator, Andreas Wahl, den Kaiser, der den Fugger gehört hatte, antaunte und die noch heute viel bewunderte Fassade errichten ließ. Durch die Fugger war das Haus in den Jahren 1492 bis 1496 erbaut worden. Ein Gasthof „Zu den drei Mohren“ hatte seitlich schon weit früher bestanden, doch nur in dem kleinen, zur Rechten liegenden Haus. Unmittelbar nach der Neugestaltung erlebte der Gasthof dann mit dem Augsburger Reichstag und der Anwesenheit Karls V. einen der Höhepunkte seiner Geschichte. Wie aber die Straßstraße Augsburgs, an der der Gasthof liegt, so recht dazu geschaffen scheint, so drunten den Festtagen besichtigt zu werden, so haben die „Drei Mohren“ fast zu allen Zeiten glänzende Zusammenkünfte, höfischen Prunk und üppige Bankette gesehen. Wie auf einer breiten Freizeige haben sich hier aber auch Massen von Kriegen vorübergezogen, und ihre Führer, bald Sieger, bald Besiegte, haben hier Station gemacht. Friedrich hat Napoleon I. mit seinem Stabe in Augsburg geweilt; in dem alten Fremdenbuche des Gasthofs, von dem noch eine Abschrift bewahrt ist, list man die Namen der Josephine Beauharnais sowohl wie der Marie Louise neben denen Metternichs und Talleyrands, der Fürsten und Gefandten, die zum Kongreß nach Wien zogen, so gut wie Wellingtons und der Kaiser von Österreich und Napoleon. Ein Teil der Geschichte Deutschlands spiegelt sich in den Ereignissen des alten Hauses, und wer neben den gekrönten Häuptern die Fürsten des Hauses sucht, der findet auch Wladimir und Feuerbach, Pogranini und Spontini, Lamartine und Walter Scott und manchen anderen.

Seine Nachrichten.

* Im ganzen Niederösterreichischen Kaiserreich wird vom 4. Oktober an an jedem Donnerstag eine Festschicht eingelegt werden.

* Der durch das Erdbeben in Japan angerichtete Gesamtschaden beläuft sich nach amtlichen Schätzungen auf 500 Millionen Pfund Sterling.

Lokales und Provinzielles.

Sonntagsworte.

Der erste Oktobersonntag ist da. Feld und Acker sind entleert, Moß und Weid sind geelert. Die Ernte kam wieder mit ihrem Segen und es fehlt an keinem, obwohl sie sorglos und klagenlos im Ährstüß fortzieht. Gott hat uns eben doch noch nicht im Stich gelassen. Seine Huld ist alle Morgen neu und seine Treue ist groß.

Nun, da wir seine Güte schauen,
Soll unser Herz ihm neu vertrauen,
Und unser Sinn ihm dankbar sein!

Gegenüber der Auslegung gegen Gott, im Gegensatz zum Spott, der sich wohl gebildet, sollen die ersten, die gläubigen Volksgenossen festhalten und befeuern, was sie im Herzen tragen. Eins geht dem anderen Mut zur Treue, zur Gerechtigkeit, zur Dankbarkeit. Und in allem: Wort die Ehre!

Δ Steuerabzug bei Abschlagszahlungen. Vorläufige und Abschlagszahlungen gelten als regelmäßige Lohnzahlungen, doch auch von ihnen der Steuerabzug vorzunehmen ist. Ist bisher der Steuerabzug jedoch erst bei der Schlussabrechnung erfolgt und hat das Finanzamt keine Einwendung dagegen erhoben, so kann bis auf weiteres wie bisher verfahren werden. Die Abrechnung muß jedoch unmittelbar nach Ablauf des Berichtszeitraumes erfolgen. Bei der Abrechnung sind dann die Ermäßigungen der Abschlagsabzüge zu berücksichtigen, bis zu deren Ablauf mehr als 50 v. H. des Gesamtbruttolohnes (einschließlich Steuerabzug und Sozialbeiträge) fällig geworden und gezahlt worden sind.

Δ Verbot des gewerbmäßigen Musizieren der Beamten. Nach einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern wird eine Genehmigung zum gewerbmäßigen Musizieren der Beamten grundsätzlich

nicht mehr erteilt. Gewerbmäßiges Musizieren liegt vor, wenn diese Beschäftigung auch nur zeitweilig in regelmäßiger Wiederholung geübt und als einer Gewerbsart nachgemacht wird. Die bloße gelegentliche Beteiligung an Musikaufführungen, d. h. Beteiligung in einzelnen, nicht zu eng aneinander liegenden Fällen gegen Bezahlung ist kein Gewerbebetrieb. Bei Musizieren gegen Entgelt in irgendeiner Form muß dem Leiter der Behörde rechtzeitig zuvor Art, Tag und Ort der Veranstaltung und die Dauer der Musikaufführung angezeigt werden. Musiziermittlung durch Beamte ist

Δ Renaissancgabe der Reichsbanknoten zu 100 und 500 Millionen Mark. Nach Mitteilung des Reichsbankdirektoriums werden die Reichsbanknoten zu 100 Millionen Mark mit dem Datum vom 22. August 1923 und die Reichsbanknoten zu 500 Millionen Mark mit dem Datum vom 1. September 1923 in Zukunft auch auf Papier mit einem Wasserzeichen in Vierpartform gedruckt. Die Farbe des Papiers ist in jedem Falle weiß.

Δ Unberechtigte Klagen. Wie von Reichsfinanzamtverteilung mitgeteilt wird, vermehren die Klagen darüber nicht, daß die Finanzämter noch immer kleine und kleinste Beträge andern. Namentlich wird über die Befreiung von Einkommensteuerbescheiden geklagt, die naturgemäß heute überholte Beträge aufweisen. Dies liegt der Kritik ein Zentrum zugrunde. Die Einkommensteuerbescheide für 1922 bilden nämlich die Grundlage für die erhöhten Bruttoansatzungen auf die Einkommensteuer und für die Rhein-Main-Abgabe. Die am 5. Oktober fällige Zahlung beträgt das 30 000 fache des Vierteljahresbetrages der Steuer für 1922; als Rhein-Main-Abgabe ist das Doppelte dieser Vorauszahlung zu entrichten. Wenn einem Steuerpflichtigen 450 an Steuerbescheid über 40 000 Mark Jahressteuer für 1922 zugestellt wird, so hat er am 5. Oktober 399 Millionen Einkommensteuervorauszahlungen und 600 Millionen Rhein-Main-Abgabe zu entrichten. — Durch die Abrechnungsverbände wird dafür Sorge getragen, daß die tatsächlich zu zahlenden Steuerbeträge auf volle 100 000 Mark nach unten abgerundet werden. Beträge von weniger als 1 Million — also z. B. eine solche Einkommensteuervorauszahlung — werden für sich allein nicht eingezogen.

Δ Das Ehrenrecht bei der Geburtstagsfeier. Das Ehrenrecht, das die preussische Regierung bedürftigen Ehepaaren aus Anlaß der 50- oder 60-jährigen Geburtstagsfeier bewilligt, ist nach einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers fortan nach einem Grundbetrag von 24 Mark, der mit der jeweils geltenden Schillingzahl zu vervielfältigen ist, zu bemessen. Für die Bemessung ist der Zeitpunkt der Auszahlung maßgebend.

Δ Anstreifer im Winterquartier. Die Zentralkasse für Kinderhilfe im Rhein-Main-Gebiet hat den Reichslandbund ersucht, bei seinen Mitgliedern dafür einzutreten, daß ein Teil der aufgenommenen Kinder bis auf weiteres in ihren Pflegefamilien belassen wird. In Anbetracht der großen Härte, die die Zurückführung sämtlicher Kinder gerade jetzt für die dortige Bevölkerung bedeuten würde, ist diesem Eruchen selbstverständlich entsprochen worden.

* Annaburg. Sonntag, den 7. Oktober feiert der Fußball-Club Annaburg sein viertes Stiftungsfest. Trotz der gewaltigen Anstöße, die sein Mitgliederverzeichnis anwachsen, hat das sportliebende Publikum Gelegenheit, sich guter Sport anzusehen. Um 1 Uhr spielt die Jugend gegen die gleiche von Sportfreunde Torgau. In Anbetracht der großen Härte, die die Zurückführung sämtlicher Kinder gerade jetzt für die dortige Bevölkerung bedeuten würde, ist diesem Eruchen selbstverständlich entsprochen worden.

* Annaburg. Der Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauverein für Annaburg und Umgegend hielt am Sonnabend den 29. September eine außerordentliche Generalversammlung ab. Durch die weiter fortgeschrittene Geldentwertung war von der Verwaltung der Antrag eingebracht, das Eintrittsgeld, den Geschäftsanteil und die Haftsumme zu erhöhen und wurde folgendes einstimmig beschlossen: Das Eintrittsgeld von 50 000 M. auf 10 Millionen M., den Geschäftsanteil und die Haftsumme von 1 500 000 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Dieser Betrag muß sofort gezahlt werden, was dazu nicht in der Lage ist, kann den Betrag in wöchentlichen Raten von 25 Millionen Mark einzahlen.

* Annaburg. Der Gottesdienst in der Ortskirche beginnt vom nächsten Sonntag ab wieder 1/2 10 Uhr.

Herzberg, 2. Oktober. Heute Morgen wurde auf seinem Acker ein Mähgraben, in der Nähe der Schulgebäude Mühle, die Leiche des Fabrikarbeiters Teube aus der Giltstraße gefunden. Derselbe war gestern um 2 Uhr von der Arbeitsstätte gekommen und hatte dann in Neumannsdorf beim Landwirt Lohr gearbeitet. Von dort aus hat er auf dem Heimwege jedenfalls auf seinem Acker nach dem Meisten sehen wollen, weil er wahrscheinlich schon beschossen worden ist. Dabei muß er auf Feldblöße gestossen sein, die ihn dann mit einem scharfen Gegenstand, jedenfalls mit einer Gabel, erlöchen haben. Nachmittags gegen 2 Uhr fand eine gerichtliche Untersuchung der Leiche statt. Es wurde eine große Wunde am Stirnlopf festgestellt, ob diese von einem scharfen Gegenstand oder von einem Geschloß herrührt, muß die Obduktion ergeben. Meistens wollen verschleierte Leute um diese Zeit aus der Richtung des Tatortes Schiffe und Schreie gehört haben. Die Leiche wurde im Laufe des Nachmittags nach der Seitenhalle gebracht. Im Laufe des Nachmittags hat die Sittung des Sammelraumes 2. in dieser Angelegenheit stattgefunden. Hoffentlich gelingt es, den Mörder zu ermitteln, denn nach allem was angenommen werden, daß man dem Toten auf seinem Felde aufgelauert hat, um ihn dort abzulauern. Der Ermordete war 31 Jahre alt und ein sehr arbeitsamer, fleißiger Mann, der in voller Achtung stand. Er hinterließ eine Witwe und 3 Kinder im Alter von 11 und 9 Jahren sowie 5 Monate.

Reinmangeborn. Am Sonntag wurde die Leiche eines jungen Mannes im Walde in der Nähe des Ortes gefunden. Der Tote lag selbst erschossen oder durch Unvorsichtigkeit von anderer Seite erschossen worden ist, ließ sich bisher nicht feststellen. Eine Schußwaffe wurde nicht gefunden.

Lastkraftwagen — für Stadt und Land unentbehrlich! 30 Prozent billiger als Pferdebetrieb.

Zum An- und Abtransport aller Güter, wie Kohlen, Reis, Sand, Baumaterialien, Kartoffeln, Getreide, Düngemittel usw., 250 neue und wenig gebrauchte Wagen für Lasten von 20-100 Zentnern der namhaftesten deutschen Fabrikate am Lager. Anhängewagen, auch für Langholz, ebenfalls vorräthig. — Günstige Preise und Zahlungsbedingungen. 6 Monate Vollgarantie. — Interessenten folgen.

Troschke fragen!

Früh Troschke, Alt-Gesellsch. 77 für Kraftfahrzeuge, Berlin-Friedenau, Kantstr. 90-93 (Troschke-Gang).

das Band treuester Herzensfreundschaft unzulässig um unsere Seiten. Von ihm erlernte ich so manche Kunst, die mir später trefflich zu statten kam, so mit der Zweifeltzeit verborgene Wasserzeichen aufzufinden, mit wunderkräftigen Kräutern die Fieber gegen Krankheit zu feien, nach dem Stand der Sonne und nach dem Lauf der Sterne Zeit und Ort zu bestimmen und so noch vielerlei.

In einer gewitterschwangeren Sommernacht flohen wir. Niemand folgte uns. Wer grämte sich wohl um ein paar elternlose Waischen!

Jahre hind um gewandert. O, Coa Marie, es ist schwer, dem Leben gerecht zu werden, ohne Kenntnisse und Bildung erworben zu haben, ohne Empfehlungen zu besitzen und ohne über Geldmittel zu verfügen! Aber wir waren ja jung und trugen in uns ein Herz voll freudiger Hoffnung und den Glauben an einen glüklichen Himmelsvater. So fühlten wir uns gewappnet, das Schicksal zu zwingen. Keine Arbeit deuchte uns zu schwer oder zu hart, kein Dienst uns zu niedrig.

Und siehe, da kam das Glück. Nach langen Jahren bitteren Ringens, unglüklichen Entbehrens lösten uns die Fremde zur Heimat zu werden. Eine eigene Scholle, ein kleiner Eigenwerb gab uns Lebenshalt und Doleinsfreude. Da, o grauames Geschick, bei einer Bootsfahrt ließ mich ein heimtüklicher Sturm den einzigen, den treuesten Freund von der Seite hinab in die tiefen Fluten!

Fischerhüterer schloß Protowolsa. Dann barg er das Haupt aufschwimmend in beide Hände. Coa Marie fühlte, hier konnte kein Wort trösten, dieser Schmerz war zu heilig und zu groß.

Endlich erzählte Protowolsa weiter: „Mein Glück lag nun in Scherben. Unrast wurde mein Weggenosse. Nichts

gab mir mehr Freude. Nur noch ein Wunsch bewegte mein Herz: noch einmal das Stammischloß meiner Väter zu sehen, noch einmal an der Brust meiner guten Eltern mein schweres Herz zu erleichtern und neuer Lebensmut und neue Lebenskraft zu gewinnen.

Doch, als ich hin kam — an Stelle der Burg ein oder Trümmerhaufen, die Fluren verwüßt, die Ruhestätte der Ahnen verfallen.

Niemand konnte mich. In der elenden Dorfschenke erfuhr ich, daß mein Oheim das reiche Erbe der Protowolsa durch gewinnlüstige Spekulationen vergerdet hatte. Als er dann die zur Herrschaft des Schlosses gehörige Bevölkerung in seinem Geize mit unablässlicher Grausamkeit zu plagen und auszuleeren begann, verließ ich die schon lange gegen ihn gehörende Volksmut zu widem Grimme. Eines Nachts ging das stolze Schloß in lobernden Feuerflammen auf, den Besizer aber fand man mit verpaltemen Schidel unter den rauchenden Balken. Gott hatte gerichtet!

Ich aber nahm den einen reichen Trost von jener Stätte des Unheils mit fort in die Fremde: rein und groß fand das Andenten meiner geliebten Eltern da! In Italien, Was soll ich dir nun noch weiter erzählen? Italien, Deutschland, Rußland, Frankreich durchzog ich. Geschicklichkeit und Kunstverstand gaben mir reichlich neuen Unterhalt, aber lange duldete es mich an keinem Orte. Eine qualende Sehnsucht, eine innere Ursache verließen mich nie.

Glaube aber nicht, du Liebe, du Teure, daß ich zum Landstreicher war. Arm und heimatlos ist wohl der Graf von Protowolsa geworden, aber rein und matellos blieb ihm jedergelt das Schild heiliger Ehe.

Und nur dir, Coa Marie, darf ich's in dieser heiligen Stunde gestehen, du hast es nicht auf als eitel Rühmens:

mit den Besten deines Volkes darf ich mich messen, siehe in Lyon gab mir ein glükliches Geschick die Gelegenheit, ein gefährliches Eisenbahnunglük zu verhüllen; das Kreuz der französischen Ehrenlegion schmückte dafür mein Gewand. Kurze Zeit darauf war es mir vergönnt, in Italien bei einer Ueberflutung durch den Po zwei junge Menschenleben zu retten. Was zählt gegen dieses erhebende Bewußtsein die Tatsache, daß mir Italiens gnädiger König den Stern der Tapferkeit selbst an die Brust heftete!

Und nun, bin ich nicht reich, reichers als irgend jemand auf der Welt, da du mir dein Vertrauen, deine Liebe schenkt, da die Zukunft vor mir liegt, in Goldstück getauft!

O, Coa Marie, du Einzige, du Gute, du Reine!

Protowolsa schwieg. Aber in dem Herzen der Baronessie lag eine wunderbare, feste Hoffnung auf. Nun konnte alles noch gut werden!

Deutscher Herbst 1923.

Durch welke Blätter rauhst mein Schritt — Nun ist er doch gekommen! Und alles, was da hoffend litt — Der Tod hat's hingenommen.

Durch graue Straßen sucht mein Blick, Rein Aug' locht mir entgegen; Sie träumen von verlorrem Glück — Rein Mund wagt sich zu regen.

So schreit' ich frierend durch den Tag, Den fallt der Nebel leuchtet — Und niemand ist, der folgen mag, Daß fern ein Frühling leuchtet.

Paul Reichelt.

Schlussdienst.

Keine Hoffnung auf eine Lösung der Krise.

— Berlin, 4. Oktober. Der Mittag des heutigen Tages war damit angefüllt, daß sich die bisher an der Regierung beteiligten Parteien, insbesondere die Demokraten und das Zentrum bemühten, eine parlamentarische Lösung der Krise herbeizuführen. Die Führer der Demokraten begaben sich zu diesem Zweck zum Reichspräsidenten, der ihre Wünsche entgegennahm. Das Zentrum beauftragte seine Führer, in ähnlichem Sinne auf eine möglichst breite Basis der neuen Regierung hinzuwirken. Die Hoffnungen, daß diese Bemühungen Erfolg haben, sind jedoch, angesichts der Bemerkungen der Wogen im Parlament und in den Reaktionen nur sehr gering.

Ein neuer Vorschlag an Harden?

— Berlin, 4. Oktober. Der „Köf. Sig.“ zufolge wurde gestern abend in der Nähe der Villa Magimilian Gardens ein ehemaliger Matrose festgenommen, der sich in sehr auffälliger Weise verdächtig gemacht hatte. Er war in der Villa Gardens erschienen und verlangte Harden persönlich zu sprechen, er habe ihm ein Buch abzugeben. Da Harden nicht zu Hause war, wurde der Besucher abgewiesen. Der Matrose ging aber nicht weg, sondern verließ sich in der Nähe. Ein Schutzpolizist, dem das Benehmen des Mannes auffiel, nahm ihn fest. Der Bergarbeiter will sich weigern, und gibt an, vor einigen Wochen an Mecklenburg hieher gekommen zu sein. Die Untersuchung der Angelegenheit ist noch im Gange.

Zweimal zum Tode verurteilt.

— Steinf., 4. Oktober. Vor dem Schwurgericht wurde der frühere Besitzer des Schützenhauses im See- und Wald, Salenitz, zweimal zum Tode und zu lebenslänglichen Gefängnis verurteilt. Salenitz hatte den Konditor Hoff und dessen Ehefrau ermordet und die Leichen später im Garten des Schützenhauses vergraben.

Verhör im Mordprozess Röhne.

— Potsdam, 4. Oktober. Das Schwurgericht hat den Schloßherrn von Röhne, v. Röhne, der wegen Totschlags an dem 16-jährigen Tischlerlehrling Laage angeklagt war, freigesprochen.

Staatliche Karabinen in Hindenburg.

— Oppeln, 4. Oktober. In Hindenburg kam es am Mittwoch infolge weiterer Steigerung der Lebensmittelpreise zu Versammlungen, gegen die die Polizei wiederholt einschreiten mußte. Als im Laufe der Angriffe die Polizei von der Menge mit Steinen beworfen wurde, gab man seitens der Polizei Schreckschüsse ab. Es wurde

den jedoch, als die Polizei Herr der Lage geworden war, drei Tote und drei Vermundete festgestellt, die nach der Polizei gebracht und von dort aus dem städtischen Krankenhaus zugeführt wurden. Wie weiter berichtet wird, sollen die Menschenverluste aber nicht auf die Schüsse der Polizei zurückzuführen sein.

Wirtschaftszahlen.

1 Goldmark	130 932 280
Reichsbanknoten	90 Prozent
Geldankaufpreis	640 Dollar pro 1000
Silberankaufpreis	13millionenfach
Großhandelsindex	83,3 millionenfach
Lebenshaltungskosten	40,4 millionenfach
Wettbewerbsindex (Kugler)	670 483 fest
Ernährungsindex (Kugler)	1 089 571 fest
Geldzirkulation	8 599 999 900 Prozent
Rothhandelsindex	30millionenfach
Kleinerindex	88 000 000 fest
Wahrscheinlicher	3 600 000
Eisenbahnverkehrsindex	80 Millionen
Gericht	2 Millionen
Postkarte	800 000

Handelsteil.

— Berlin, den 4. Oktober 1923.

Am Devisenmarkt blieb heute die Tendenz fest bei weiter anziehenden Kursen. Der Nachfrage steht wieder kaum Angebot gegenüber, so daß sich die tatsächlichen Umsätze auf ganz geringfügige Beträge beschränkten. Von ausländischer Seite erfolgten einige Abgaben, die vom Markt samt aufgenommen wurden. Argend eine bemerkenswerte Preisflutung des Kursniveaus trat hierdurch jedoch nicht ein. Amtlich wurde der Dollar auf 550 Millionen festgesetzt, nachdem das Pfund mit 2,5 Milliarden normiert worden war. Nach Feststellung der amtlichen Notierungen waren englische Pfunde mit 2,75 Milliarden gesucht, entsprechend einem Dollarkurs von 590-600 Millionen.

Am Effektenmarkt verkehrte heutzutage unter dem Einfluß der innenpolitischen Lage keine Geschäftstätigkeit.

Die Produktionsbörsen verkehrte in fester Haltung. Das Angebot der Provinz schrumpft immer mehr zusammen, da der Mangel an einem wertvollen Zahlungsmittel die Konvertibilität am Markt ihrer Produkte behindert. Man sucht sich durch Zahlung in Goldanleihe zu behelfen, auf welcher Grundlage auch verlässentlich Geschäft, namentlich in Wogen, aufstehen können.

Markt-Kalender.

11. Okt.: Vieh-, Schweine-, Rind-, u. Hammel in Annaburg.

Der Stand der Markt.

	4. 10.	3. 10.
	(In Tausenden Mark.)	
1 holländischer Gulden	215460	210540
1 belgischer Franc	26922	27067
1 norwegische Krone	86388	86816
1 dänische Krone	96553	97042
1 schweizerische Franc	145635	146365
1 englische Pfund	24438	24561
1 amerikanische Pfund	2493750	2506250
1 Dollar	548625	551375
1 französischer Franc	31920	32080
1 schweizerischer Franc	97945	98445
1 russische Krone	16359	16441
100 österreichische Kronen	773	777
		621,5

Warenmärkte.

Mittagsbörsen (Amtlich). Preise für 50 Kilo ab Station: (In Millionen Mark.) Weizen Markt. 700-760. Roggen Markt. 680-710. Gerstlich. 700. Sommergerste 650 bis 700. Hafer Markt. 625-680. Weizenmehl (100 Kilo) 2400 bis 2600. Roggenmehl (100 Kilo) 2200-2700. Weizenmehl 650-800. Kartoffeln 2000-2400. Rapssamen 650 bis 275.

Getreide- und Stroch.

Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station. (Amtlich.) (In Millionen Mark.) Weizen, Roggen- und Weizenstroh 43-45, desgl. Futterstroh 42-43, desgl. Gerstenstroh 41 bis 42, Roggenstroh 23-25, bindaberg. Roggen- und Weizenstroh 21-23, Stroh 56-59, handelsübliches Heu 35-36, gutes Heu 36-40. Die Preise für Produkt, einschließlich Heu und Stroch bestehen sich ab Station. Die Preise „ab Hof“ sind im Mittel etwa um 20 Prozent billiger.

** Nach einem Jahre gefloht. Vor ungefähr einem Jahre wurde auf dem hamburiger Bahnhoff zahlreiche Güterveranlagerungen verübt, ohne daß es zunächst möglich war, den Dieben auf die Spur zu kommen. Jetzt erst ist es den Kriminalpolizei gelungen, alle Mitglieder der Diebesbande, einer der gefährlichsten, hinter Schloß und Riegel zu setzen. Außer Expedienten einer Hamburger Firma, die die Eisenbahnstationen unterhalten, wurden ein Maler, ein Schlosser und verschiedene Hilfskräfte verhaftet. Auch die Güterveranlagerungen ihrer fester Zeit die Hamburger Kaufmanns-Gesellschaft schwer geschädigt worden.

Kirchliche Nachrichten.

Deutsche: Am 10. Sonntag nach Trinitatis, vorm. 10 Uhr: Heilig-Gottesdienst. Der Vortr. Herr Sangant. Nachm. 3 Uhr: Kinder-Gottesdienst, Papierfrage. Katholische Kirche: Am Sonntag, vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, vorher Beichte.

Amtlicher Teil.

Neufestsetzung der Mehl- u. Brotpreise.

Die Reichsgetreidekasse Berlin hat für den Verbrauch vom 1. Oktober d. Js. ab die Getreidepreise um das ca. 5 1/2% erhöht.

Es ist dadurch eine erhebliche Erhöhung der Mehl- und Brotpreise erforderlich geworden. Im Einvernehmen mit Vertretern der Verbraucherschaft werden die Preise mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab wie folgt festgesetzt:

1. Roggenmehl (85-proz.) Abgabepreis an die Bäder pro Doppelzentner Mt. 685 000 000,
2. Weizenmehl (85-proz.) Abgabepreis an die Bäder pro Doppelzentner Mt. 750 000 000,
3. Roggenmehl (85-proz.) Kleinverkaufspreis ohne Verpackung pro Kilogramm Mt. 7 900 000,
4. Weizenmehl (85-proz.) Kleinverkaufspreis ohne Verpackung pro Kilogramm Mt. 8 600 000,
5. ein Roggenbrot, 1900 Gr. (85%), Mt. 12 000 000.

Die Preise zu 1 und 2 verstehen sich freischief nachster Bahnstation des Baders. Die Preise zu 3 bis 5 treten mit Wirkung ab dem 1. Oktober in Kraft.

Bei Abgabe von Mehl und Brot an Karten dürfen die vorstehenden Preise nicht überschritten werden, auch bei Abgabe in besserer Qualität. Ueberschreitungen ziehen Bestrafungen und Ausschluß von der Kommunalbäckerei nach sich.

Torgau, den 28. September 1923.
Der Vorsitzende des Kreisamtes.
Dr. Drows, Landrat.

Veröffentlichung:
Annaburg, den 5. Oktober 1923.
Der Gemeinde-Vorstand. S. V. Eich.

Einkommensteuer, Rhein-Ruhrabgabe.

1. Die am 5. Oktober 1923 fälligen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer sind auf das dreifachlaufende des Betrages festgesetzt, der sich als Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 ergibt. Maßgebend ist der durch Benachrichtigungsschreiben vom 11. August 1923 bekanntgegebene Jahresgrundbetrag, der mit 7500 zu vervielfachen ist. Dieser Betrag ist an die zuständige Behörde zu zahlen. In den Fällen, in denen ein Festsetzungsbefehl erteilt ist, verbleibt es bei dem angeforderten Betrage, es sei denn, daß ein neuer Festsetzungsbefehl erteilt wird. Die Steuer ist ohne Aufforderung spätestens bis einschl. 5. Oktober zu entrichten. Bei Verzögerung ist der Befehl des Benachrichtigungsschreibens vom 11. August 1923 vorzulegen.

2. Bis zum 5. Oktober 1923 ist als zweiter Teilbetrag der Rhein-Ruhrabgabe das Doppelte

der bis zum 5. Oktober 1923 zu zahlenden Einkommensteuervorauszahlung an die Finanzkasse zu entrichten. Neue Benachrichtigungen werden nicht erteilt. Die Benachrichtigungsschreiben vom 24. August 1923 sind der Finanzkasse bei Vorzahlung vorzulegen.

3. Bei späterer Zahlung ist der fällige Steuerbetrag, nach dem am Fälligkeitstage geltenden Umrechnungssatz für die Landabgabe, in Goldmark umgerechnet, nach dem am Zahlungstage geltenden Umrechnungssatz zu zahlen, mindestens ist ein Zuschlag von 10 v. H. der ursprünglichen Zahlung zu entrichten. Werden die im August d. Js. erteilten Benachrichtigungsschreiben nicht vorgelegt, so kann für sündliche und rechtzeitige Abfertigung Gewähr nicht geleistet werden. Wegen des zu erwartenden großen Antrages bei der Finanzkasse wird empfohlen, die Zahlung nicht bis zum 5. Oktober hinauszufristen.

Torgau, den 1. Oktober 1923.
Finanzamt Torgau

Baumaterialien
aller Art,
sämtl. Bau- u. Industrieböhlzer
stets vorräthig, empfiehlt
Wilhelm Kunze,
Dampfwägerwerk — Holzhandlung
Baugeschäft, Baumaterialienhandl.
— Fernsprecher Nr. 6 —

Fahrräder,
Nähmaschinen,
Zentrifugen,
Kinderwagen,
Sprechapparate und Platten.
Jedes alte Fahrrad wird wie neu hergestellt in meiner Reparaturwerkstatt und Emallieranstalt.
Friz Rödlner, Annaburg,
Fernsprecher Nr. 53.
Rechnungs-Formulare
in allen Größen hält vorräthig
Herrn. Steinbeiß, Buchdrucker.

Goldener Ring.
Sonabend, d. 6. d. M.
von abends 7 Uhr ab
Lanzfranzchen
wogu freundlich, einlabet.
A. Dämmichen.
Bürger-Schützen-Berein.
Sonabend, d. 6. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr
General-Versammlung.
bei Herrn Kam. Dubs.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kameraden bringend erwünscht.
Der Vorstand.

Zahn-Atelier
Annaburg, Torgauer-
straße 27, im Hause Kon-
ditorei Schüttauf.
Sprechstunden für Zahn-
krankheit: Jeden Montag
v. 9-1 und 2-6 Uhr.
K. Pape, Dentist,
Wittenberg.

Persil
ist völlig
unschädlich
Es ist aus
zusähen Rohstoffen
hergestellt und
enthält weder
Chlor noch andere
die Wäsche
schädigende
Bestandteile.

Statt Karten.
Rosa Wiesener
Max Junghanns
beehren sich ihre Verlobung
bekanntzugeben.
Annaburg Leipzig
6. Oktober 1923.

Annaburger Lichtspiel-Haus.
Sonabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Der Rhein in Vergangenheit
und Gegenwart
in 7 großen Akten.
Mitwirkung: M. Rohrer's Kapelle.
Schulpflichtige Kinder in Begleitung der Eltern zahlen
an allen Plätzen ein Drittel der Eintrittspreise.
Ein jeder muß ihn sehen!
Den deutschen Rhein!

Zahn-Atelier
Georg Consentius, Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
— Telefon Nr. 23
empfehlen sich zur Behandlung aller Zahn-
krankheiten. Plomben in Gold, Silber,
Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Be-
täubung, jede Art künstl. Zahnersatzes
Behandlung für Krankeinfassen.
Sprechstunden täglich 9-3 Uhr.
Aunse ständig Platin, Gold und Silber.

Handwagen
in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und Räder stets vorräthig.
— Solide Preise!
Zentrifugen := Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparatur-Werkstatt.
Wilhelm Grahl.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwochs und
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis monatl. 21 Mill. Mk.
durch die Post bezog. 21 Mill. Mk. (ohne Be-
stegel). Bestellungen nehmen alle Post-
anstalten u. deren Briefträger, die Zeitungs-
börsen sowie die Geschäftsstelle entgegen. —
Im Falle höherer Gewalt, Streik etc. erlischt
jeder Anspruch auf Zustellung der Zeitung.
Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 mm
hoch, 1 Spalt, Raum 1,5 Mill. Mk., für unbestalt-
barmende 2 Mill. Mk. Anzeigen im amtlichen
Teile 3 Mill. Mk., im Restanteile 5 Mill. Mk.
(inkl. Feuerungszuschlag u. Umhüllene).
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Frei-
tag nachmittags 9 Uhr. Größere Anzeigen-
Aufträge werden tags vorher erbeten.

Verlag-Anstalt: Zeitung Annaburg, Reg.-Nr. 24.

Nr. 80.

Sonntag, den 6. Oktober 1923.

26. Jahrg.

Chronik des Tages.

— Nach dem Rücktritt des Reichskabinetts hat der bis-
herige Reichskanzler die Bildung des neuen Kabinetts über-
nommen.

— Dr. Stresemann will bei der Zusammenfassung seines
Kabinetts mehr Gewicht auf das Programm und die bisherige
Leistungen der ankündigenden Persönlichkeiten legen
als auf ihre parteimäßige Abstammung.

— Zum Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts
in Kottbus, dem die Aburteilung der mit den Kärntner
Innen in Zusammenhang stehenden Straftaten über-
tragen ist, ist der Landgerichtsdirektor Lampe in Kottbus
berufen worden.

— Die französische Regierung hat die in Anlaß
genommene Deportation der verurteilten Deutschen vorläufig
berhoben.

— Konstantinopel ist den türkischen Behörden feierlich
übergeben worden.

— Antikiller Berliner Dollartours vom 4. Oktober:
548 625 000 Geld, 551 871 000 Brief.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Dr. Stresemann erneut mit der Kabinettsbildung
beauftragt.

Wie vorauszu sehen war, haben die Kompromiß-
verhandlungen über das Ermächtigungsgesetz, durch das
die Regierung weitgehende Vollmachten zu Verordnungen
auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen
Gebieten erhalten sollte, zu keinem positiven Er-
gebnis geführt. Die Sozialdemokraten konnten sich
nicht dazu verstehen, der Ausdehnung des Ermäch-
tigungsgesetzes auch auf sozialpolitische Angelegenheiten,
in die die Regelung der Arbeitszeit eingegriffen werden
würde, ihre Zustimmung zu geben. Dieser entscheidende
Beschluss ist am Mittwochabend mit 61 gegen 54 Stim-
men gefaßt worden. Damit war das Schicksal der
Großen Koalition und des Kabinetts Stresemann ent-
schieden. Der Beschluss der sozialdemokratischen Frak-
tion wurde sofort dem Reichskanzler mitgeteilt. Das
Kabinett trat darauf gegen 10 Uhr zu einer neuen, der
entscheidenden Sitzung zusammen.

Über das Ergebnis dieser Kabinettsitzung wird
amlich mitgeteilt:

Durch die Ablehnung der Sozialdemokrati-
schen Partei, die soziale Gesetzgebung in den Er-
mächtigungsantrag der Reichsregierung beim
Reichstag einzubringen, war eine außerordent-
liche Sitzung in der Aufassung der Koalitions-
partien entstanden. In Anbetracht dieser Tatsache
beschloß das Kabinett, durch den Reichskanzler
dem Reichspräsidenten keine Demission an-
zubieten hat die
men und den
emann mit der

er allen Regie-
rungs-
Stresemann vom
sicherung betraut
dem Reichstoge
schen im Amte

innett?

abinetts Strese-
der nach der
s noch in der
zur Bildung
empfang Don-
nen, mit denen
t behandelt.

ungnahme
erfolgt. Dr.
zur Bildung
Kabinetts
und vorherige

er in der neuen
öffentlichen Klä-
ror den Reichs-

ersten Kabi-
netts, auch in das
Es wird an-

er nur noch

Reichswehrminister Dr. Gessler bleiben wird, sonst
aber neue Männer ernannt werden. Die Zahl der
Mitglieder des Kabinetts soll eine Verringerung er-
fahren. Einige Ministerien sollen zusammengelegt und
von einem Minister geleitet werden.

Die Frage der Arbeitszeit.

Die Veranlassung zur Regierungskrise.

Die Forderung der Arbeitszeit, um die sich die
letzten Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler
beziehen, und die vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns
entworfen worden ist, lautet:

„Die äußerste Not anderer Völker im schwersten
Krieg um seine wirtschaftliche und politische Existenz
zwingt uns vorläufig, in der Reproduktion die Arbeits-
zeit auf dasjenige Maß zu erhöhen, das gesundheitlich
tragbar ist. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser
Frage auf 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahr-
zeit zu setzen. Sodann muß in den übrigen lebenswichtigen
Betrieben die Möglichkeit zur Ueberföhrung
der achtstündigen Arbeitszeit neben
Tag auf 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahr-
zeit zu setzen. Sodann muß in den übrigen lebenswichtigen
Betrieben die Möglichkeit zur Ueberföhrung
der achtstündigen Arbeitszeit neben
Tag auf 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahr-
zeit zu setzen.“

Die Sozialdemokraten hatten diese Forderung
zunächst abgelehnt, später jedoch einem demokratischen
Vermittlungsvorschlag zugestimmt, wonach die Frage
des Achtstundentages bei der Beratung des im Reichs-
wirtschaftsrat ruhenden Arbeitszeitgesetzes auf dem
üblichen gesetzgeberischen Wege geregelt werden sollte,
und zwar gleichzeitig mit dem Ermächtigungsgesetz.
Von der Deutschen Volkspartei wurde dieser Vorschlag
jedoch abgelehnt.

Ein Schritt der Gewerkschaften.

Während der Fraktionsverhandlungen hatte sich
die Führer der freien Gewerkschaften, Vesperart, mit dem
sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller
zum Reichskanzler in Verbindung gesetzt und diesen darauf aufmerk-
sam gemacht, daß die Gewerkschaften die Forderung des
Reichsarbeitsministers nicht annehmen könnten, daß sie
aber bereit seien, auf die Arbeiter in dem Sinne einer
Steigerung der Produktion und Erleichterung von
Ueberföhrungen einzugehen, daß sie jedoch nicht mit
einer unangenehmen Befreiung des Achtstundentages
einverstanden sein könnten. Am Anschluß daran
sind die sozialdemokratische Fraktionsführung hat,
in der mit 61 gegen 54 Stimmen beschlossen wurde, dem
Kabinett die gewünschte Vollmacht zur Ordnung der
sozialen Fragen zu verjagen. Die Folge dieses Be-
schlusses war der Rücktritt des Kabinetts.

Das System der Unterdrückung.

Frankreichs Sabotage an der Landwirtschaft.

Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet steht infolge
der französischen Maßnahmen auf überaus große
Schwierigkeiten. Nachdem die Reichsregierung die Ver-
ordnungen zur Aufrechterhaltung des passiven Wider-
standes zurückgezogen hatte, stand von deutscher Seite
der Widerberstellung geordneter wirtschaftlicher Zu-
stände kein Hindernis mehr entgegen. In Frankreich, die
vordem die Hauptträger des passiven Widerstandes ge-
wesen waren, bestand aus angeleglich der neuen Lage
der feste und ehrliche Wille, im Interesse des Reiches
und der deutschen Wirtschaft die inoffizielle Arbeit wieder
anzunehmen. Allerdings wurde in diesen Kreisen die
Erwartung gehegt, daß die Besetzungsbefehle die
neuerlichen Maßnahmen treffen würden, die ein selbstver-
ständliches Gebot der Menschlichkeit sind und die auch
die Wiederkehr einigermaßen geordneter Zustände wes-
entlich erleichtert hätten. Das ist bisher jedoch in
keiner Weise geschehen.

Mit dem System der Ausweisungen, Verhaftungen
und Verurteilungen wird rücksichtslos fortgefahren.
Das beweist die neuerliche Ausweisung zahlreicher
Eisenbahnerfamilien aus Duisburg und Mülheim. Es
ist nur ein wichtiger Vorwand, wenn von französischer
Seite jetzt behauptet wird, es handle sich bei den
neuerlichen Gewalttaten nur um die Befreiung vor-
gegebener Maßnahmen. Das ganze System der Unter-
drückung der wehrlosen Bevölkerung wird zurzeit
noch im verstärkten Maße angewandt. Infolgedessen
ist auch die Stimmung der Bevölkerung aufs äußerste
erbittert. Die bekanntgewordenen Bedingungen für die

Einrichtung deutscher Eisenbahnen in den Regiebetrieb
haben in den beteiligten Kreisen die Aufassung her-
vorgeufen, daß von französischer Seite eine Wieder-
berstellung geregelter Verkehrsverhältnisse gar nicht
beabsichtigt ist.

Die neuerliche Bestimmung, daß die Fahrpreise
auf den Regiebahnen in Franken erhöht werden
müssen, ist ein weiterer Beweis für diese Absicht. Da
der größte Teil der Bevölkerung keine Franken laufen
kann, ist bereits ein erheblicher Rückgang in der Be-
nutzung der Regiebahnen festzustellen. Die Wieder-
herstellung des Eisenbahnbetriebes bildet
aber die Voraussetzung für die allgemeine Arbeits-
aufnahme überhaupt.

Geordnete Wirtschaftsverhältnisse sind auch ohne
die Tätigkeit der großen Arbeitnehmerorganisationen
nicht möglich. Neuerdings zeigt sich jedoch unmerk-
lich die planmäßige Absicht der Franzosen, nicht mit
den großen Gewerkschaften zu verhandeln, sondern mit
allen Mitteln den einzelnen Arbeitern und Beamten
die Einstellungsbedingungen aufzuzwingen. Dies hat
sich z. B. bei der Befreiung der Eisenbahnhauptver-
räter in Brüssel gezeigt.

Es muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden,
daß die Wiederberstellung des Wirtschaftlebens im
Ruhrgebiet bisher allein an den französischen Maß-
nahmen scheitert ist.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 5. Oktober 1923.

— Der Reichswehrminister hat von Verland des „Walt-
schen Beobachters“, der bekanntlich durch den Reichswehr-
minister Gessler verboten ist, durch die Post unterfangen.

— Die sozialistische „Freie Presse“ in Anspolstadt ist bis
zum 5. Oktober verboten worden.

— Sämtliche wichtigsten kommunistischen Zeitungen sind
vom Wehrkreisverbot am 4. und Grund der Ausnahmebe-
ordnung auf unbestimmte Zeit verboten worden.

„Keine Beschlagnahme ausländischer Geldbestän-
den für Hilfszwecke.“ Die Maßnahmen über die De-
visenverschaffung haben vielfach zu der Befürchtung Anlaß
gegeben, daß die aus dem Ausland in ausländischer
Währung an deutsche Hilfsbedürftige eingehenden Unter-
stützungsbeträge der Beschlagnahme verfallen würden.
Diese Befürchtungen sind, wie von ausländischer Seite
mitgeteilt wird, unbegründet. Gemäß § 1 Absatz 4
der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über
die Devisenverschaffung kann die Verschlebung von Unter-
stützungsbeträgen oder von Beiträgen in ausländischer
Währung, die in Erfüllung einer fiktiven Pflicht oder
einer auf den Anstand zu nehmenden Pflicht über-
wiegen sind, von dem Kommissar für Devisenverschaffung
nicht gefordert werden.

„Deutschnationaler Laufen.“ Die Deutschnationale
Volkspartei erläßt folgenden Aufruf: „Wie lange noch?
Die Lösung des Tages heißt: Das Steuer muß nach
rechts geworfen werden! Die Koalitionsparteien des
Reichstages aber antworten: Es soll weiter gemurrt
werden. Der Marxismus hat Deutschland ruiniert. Er
hat abgewirtschaftet. Die bürgerlichen Regierungspar-
teien haben ihn künstlich am Leben. Es wagen nicht,
den Trennungsschnitt zu ziehen. Es sinkt Deutschland
in Not und Verderben. Wir fordern Klarheit! Schluss
mit der Kompromißpolitik! Fort mit den Sozialisten
aus der Regierung! Wir verlangen endlich eine Regie-
rung, die sich bemüht auf die nationalen Kräfte in allen
Volksfragen stützt.“

„Der „Waltische Beobachter“ verboten.“ Die amt-
liche Korrespondenz „Koffmann“ teilt mit: Der „Walt-
ische Beobachter“ in München ist am Donnerstag vom
Generalkonsulatskommissariat bis zum 14. Oktober
schließen verboten worden, weil er — und zwar trotz
ausdrücklicher Verwarnung vor dem Abdruck solcher
Sachen von ihm gebrachten Aufrufe — einen in seiner
Wirkung an Landesverrat grenzenden Aufruf mit der
Ueberföhrung „Antikiller macht feuerbereit“ verbreiten
hat. Diese Aufrufe bedeuten eine schwere außen-
politische Gefährdung des deutschen Volkes.

„Die Aburteilung der Kärntner Aufständigen.“ Zum
Vorliegenden des außerordentlichen Gerichts in Kottbus,
dem die Aburteilung der mit den Kärntner Innern
in Zusammenhang stehenden Straftaten übertragen ist,

